

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2022 / Ausgabe 154 – 11. Juli 2022



IN DIESER AUSGABE

*Russischer Angriffskrieg und
die Folgen*

Inflation im Euroraum

*Nachhaltige Impulse für Ein-
zelhandel und Innenstädte*

Streichung § 219 a

Ausblick

HERR BUNDESKANZLER, DAS IST UNGENÜGEND!

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

in unserer nicht gerade krisenarmen Zeit steuert unser Land auf die möglicherweise schwerste Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik zu. Neben der gefährdeten Energieversorgung haben wir zurzeit die höchste Inflationsrate seit 30 Jahren. Hinzu kommt, dass wir das erste Mal seit der Wiedervereinigung eine negative Handelsbilanz haben. Die Dauerkrisen der vergangenen beiden Jahre sind endgültig auch beim langjährigen Exportweltmeister angekommen.

Der Euro verliert beständig an Wert – wir liegen mittlerweile auf einem Tiefpunkt gegenüber dem US-Dollar –, die Parität ist nahezu hergestellt. Umso wichtiger wäre es, eine vorausschauende, stabilitäts- und angebotsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben. Anstatt der immer weiter ausufernden Umverteilung der Sozialstaatsromantiker zu folgen, wäre es nun an der Zeit zu sagen, dass mehr Transferleistungen und soziale Wohltaten eben nicht möglich sind. Das Vorgehen der links-gelben Koalition, Geld mit der Gießkanne zu verteilen, statt die Mittelschicht gezielt zu entlasten, wird jedenfalls nicht aufgehen. Während in den hessischen Schulen bald die Zeugnisse verteilt werden, ist daher die Versetzung der Bundesregierung mehr als gefährdet. In diesem Fall jedoch bleibt nicht der lernfaule oder schlichtweg überforderte Schüler als Folge seiner anhaltenden Minderleistung sitzen, sondern die Regierung setzt den Wohlstand unserer Mitbürger aufs Spiel.

Neben dem Blick auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und die ausufernde Inflation möchte ich in dieser Ausgabe meines Hauptstadtbriefes außerdem von der Internationalen Luftfahrtausstellung berichten, die das erste Mal seit 2018 wieder in Präsenz stattgefunden hat, zur Abschaffung des § 219a Stellung nehmen und zudem die irren Aktionen der Umweltextremisten der sogenannten „Letzten Generation“ einordnen – ich lade Sie also zu einer Tour d’Horizon durch das sommerliche Polit-Berlin ein.

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



RUSSISCHER ANGRIFFSKRIEG UND DIE FOLGEN

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zwingt Deutschland und seine Verbündeten zum sicherheitspolitischen Alarmstart. Plötzlich wird das eigentlich Udenkbare Realität: Im Vorhof der Europäischen Union tobt ein Krieg, werden Städte zerbombt und unbeteiligte Zivilisten willkürlich getötet. Das alles ist sicher ein Schock – eine Überraschung aber keinesfalls. Zu deutlich waren die Signale, die sich seit Herbst 2021 häuften. Spätestens als die Truppenstärke an der ukrainischen Grenze Anfang 2022 auf über 150.000 Mann angewachsen war, Jagdfliegerregiment um Jagdfliegerregiment auf den grenznahen Flugfeldern auftauchte und Hubschrauberstaffeln praktisch auf freiem Feld stationiert wurden, musste mit dem Schlimmsten gerechnet werden.

Blickt man noch weiter zurück, so wird klar, dass sich Russland bereits mit seinen völkerrechtswidrigen Aktionen im Donbass seit 2014, der Annexion der Krim und den Kriegsverbrechen im syrischen Bürgerkrieg nachhaltig aus der europäischen Nachkriegsfriedensordnung verabschiedet hat. Wir müssen es so deutlich benennen: Russland ist zumindest aktuell eine gegnerische, eine aggressive Macht und das in unserer direkten Nachbarschaft. Der Umgang damit wird die Außen- und Sicherheitspolitik auf absehbare Zeit dominieren.

Gleich zu Beginn des als „spezielle militärische Operation“ verharmlosten Überfalls schlug die handstreichartige Einnahme der Hauptstadt Kiew vollkommen fehl. Dennoch zählt der „Traum“ der

ukrainischen Luftfahrt zu den frühen Opfern der russischen Aggression. Ein Granatentreffer setzte den Hangar der weltweit einzigen Antonow An-225 „Mrija“, ukrainisch für Traum, in Brand und zerstörte das größte Frachtflugzeug der Welt, eine Ikone der globalen Luftfahrt. Wenig später tauchten die ersten Fotos vom ausgebrannten Wrack der Maschine auf.

Dabei war die An-225 eigentlich eine sowjetische und später dann ukrainische Erfolgsgeschichte. In den 1980er Jahren ursprünglich für den Huckepack-Transport sowjetischer Raumfähren entwickelt, wurde das Doppelgespann aus „Mrija“ und „Buran“ der Weltöffentlichkeit erstmals 1989 auf dem Aero Salon in Paris präsentiert. Von ursprünglich drei geplanten An-225, wurde nur eine realisiert, ein zweites Modell halb fertig eingelagert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des „Buran“-Programms 1994, wurde die „Mrija“ vorläufig stillgelegt, bis sie dann 2001 für den weltweiten Transport von Schwerlasten wieder reaktiviert wurde. 2018 war die An-225 ein Überraschungsgast auf der ILA in Berlin-Schönefeld. Die An-225 „Mrija“ war das fliegende Aushängeschild der Ukraine. Antonow will das zerstörte Flugzeug auferstehen lassen, wie Phönix aus der Asche. Nicht die zerstörte Maschine, sondern die halb fertig eingelagerte zweite Schwester. Abseits von allen Wirtschaftlichkeitserwägungen wäre eine neue „Mrija“ natürlich ein großartiges Symbol, ein Symbol für die Überwindung des Krieges.

Wenig überraschend waren Verteidigung und internationale Kooperation zwei der

bestimmenden Themen den ILA Berlin 2022. Nach dem pandemiebedingten digitalen Ersatzformat „ILA Goes Digital“ 2020, gastierte Deutschlands bedeutendste Luft- und Raumfahrttausstellung vom 22. bis 26. Juni 2022 erstmals auf dem inzwischen eröffneten Hauptstadtflughafen BER. Wie auch bei der letzten ILA im Jahre 2018 war die Bundeswehr der größte Aussteller der Messe. Als Vorsitzender der überfraktionellen Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt im Deutschen Bundestag, war ich Gastgeber des 10. Internationalen Parlamentarientages auf der ILA. Bei hochsommerlichem Wetter durfte ich Parlamentarier aus dem Bundestag und befreundeten Parlamenten, insbesondere dem norwegischen Stortinget und dem polnischen Sejm, begrüßen. Ein besonderes Highlight der ILA war das FCAS-Programm (Future Combat Air System), mit dem Deutschland, Frankreich und Spanien die europäische Sicherheitsstruktur stärken. In diesem technologischen Leuchtturmprojekt arbeiten unter anderem Kampfflugzeuge und unbemannte Plattformen intelligent und vernetzt zusammen und bilden ein smartes System der Systeme für die militärischen Herausforderungen der Zukunft.

Ein besonders prominenter Gast auf der ILA 2022 war die auch schon 2018 ausgestellte Lockheed-Martin F-35, das derzeit sicher fortschrittlichste Kampfflugzeug der Welt, für das auch eine deutsche Kaufabsicht als Tornado-Nachfolge hinterlegt ist. Innerhalb der NATO ist die Bundeswehr eingebunden in das Konzept der „Nuklearen Teilhabe.“ Im Konfliktfall entscheiden die teilnehmenden Staaten über den Einsatz von

Atomwaffen, die selbst unter US-amerikanischer Kontrolle stehen. Aufgabe der Länder ist die Bereitstellung geeigneter Trägermittel – in Deutschland wurde dazu der Kampfjet Tornado bestimmt. Dass die Tornados der Bundeswehr, die sich seit den 1980ern im Dienst befinden, mittlerweile arg in die Jahre gekommen sind und ab 2025 schrittweise bis 2030 außer Dienst gestellt werden sollen, ist kein Geheimnis. Als Ersatz für die Tornados ist mit der F-35 ein Flugzeug der 5. Generation vorgesehen, bei dessen Konstruktion sich der Wandel der Prioritäten und Anforderungsprofile im Vergleich zur 4. Generation manifestiert. Galt für Kampfjets der 4. Generation die Maxime „Geschwindigkeit heißt Leben“, wurde diese durch „Information heißt Leben“ abgelöst. Ziel von Stealth-Fightern wie der F-35 ist ganz salopp gesprochen, früher und genauer zu wissen, wo sich welche Gegner befinden, lange bevor die Gegner die eigene Position entdecken.

Von unseren Verbündeten haben sich Italien, Finnland, Norwegen, Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Dänemark und Polen für die Beschaffung entschieden, vom führenden NATO-Mitglied USA einmal ganz abgesehen. Das bringt Synergien und ermöglicht Vernetzung – eine Beschaffung der F-35 für die Luftwaffe ist damit nicht die schlechteste Entscheidung. Wichtig wird sein, dass unsere deutsche wehrtechnische Industrie, gerade auch die ausgezeichnete mittelständische - wie übrigens auch beim schweren Transporthubschrauber - in angemessener Weise für Wartung und Betreuung der Systeme eingebunden wird. Angesichts der Nutzungszyklen ist dies eine Entscheidung für Dekaden.

Das bedeutet aber keineswegs, dass unser aktuelles europäisches Kampfflugzeug, der Eurofighter, an Bedeutung verliert. Auf der diesjährigen ILA war die beeindruckende Leistungsdemonstration des Eurofighters erneut das Highlight des Flugprogramms. Als technologischer Testträger und Nutznießer des europäischen Kampfflugzeugs der 6. Generation (NGWS) im FCAS-Programm, wird der Eurofighter auf absehbare Zeit das Hauptwaffensystem der Luftwaffe bleiben. Dies gilt umso mehr, da sein Fähigkeitsprofil durch den Ausbau der Luft-Boden-Kampffähigkeit mit dem neuen Langstrecken-Flugkörper Meteor weiter wächst.

Bleibt noch der Blick auf die deutsche und europäische Raumfahrt, die vom Krieg gegen die Ukraine stark erschüttert wurde. Als logische Konsequenz der russischen Aggression wurden fast alle westlichen Raumfahrtprojekte, die mit russischer Beteiligung stattfinden sollten, vorerst gestoppt. Als Reaktion auf die westlichen Sanktionen verkündete Russland das Ende der Sojus-Raketenstarts vom europäischen Weltraumbahnhof Kourou. Roskosmos-Direktor Dmitri Rogosin drohte dem Westen gar mit dem Absturz der internationalen Raumstation ISS auf die USA oder Europa, sollte die Sanktionen den Betrieb des russischen Teils der Station beeinträchtigen. Leider sind wir Europäer auch im Trägerraketenbereich massiv getroffen, arbeitete doch unsere Vega-Rakete mit ukrainischen RD-843-Raketentriebwerken, deren Herstellung im ostukrainischen Dnipro wohl auf absehbare Zeit ausfallen wird. Damit fehlen uns Europäern nicht nur eigene Trägerraketen, sondern auch

die Möglichkeit von Mitflügen europäischer Astronauten in russischen Kapseln. Mittelfristig wird dadurch höchstwahrscheinlich die Bedeutung der, aber auch die Abhängigkeit von US-amerikanischen kommerziellen Anbietern weiter wachsen. Europa muss sich dringend entscheiden, ob es im Bereich Space Trittbrettfahrer sein möchte oder einen eigenen, souveränen Zugang zum All anstrebt. Souveränität beginnt an der Startrampe! Der ESA-Ministerrat im November 2022 soll und muss hier unbedingt Klarheit schaffen!

INFLATION IM EURORAUM

Die Inflationsrate im Euroraum beträgt 8 Prozent. Damit ist klar: Von Preisstabilität kann keine Rede mehr sein. Die EZB hat sich an der monetären Staatsfinanzierung verhoben und versagt nun bei der Bekämpfung der Inflation. Die Euro-Krise ist zurück!

Wir schwimmen in Liquidität! Was umgangssprachlich eigentlich einen positiven Zustand des finanziellen Überflusses beschreibt, vermag allerdings nicht zu Heureka-Rufen zu verleiten. Denn mit wir ist die Eurozone gemeint, in der die Geldmenge in den letzten Jahren bedrohlich aufgebläht wurde. Ursächlich hierfür sind die diversen Rettungsprogramme der EZB, die jede noch so marode Volkswirtschaft in der Eurozone durchpäppeln und die Staatsanleihen von Ländern mit mieser Bonität aufkaufen. Besonders die diversen Anleihenkaufprogramme der EZB, die sogenannten Asset purchase programmes (APP), mit denen die EZB und die Zentralbanken des Eurosystems Staatspapiere der Eurostaaten ankaufen,

sprengen den Rahmen jeglicher Vorstellungskraft. Zu Ende Mai 2022 beliefen sich die Anleihenbestände in den Bilanzen des Eurosystems auf 3.419 Mrd. Euro. Alleine im Zeitraum April bis Juni 2022 wurden Nettoankäufe in Höhe von 90 Mrd. Euro getätigt!

Doch im Vergleich zu den vergangenen Jahren hat sich die Situation dramatisch verändert. Die Inflation, von linken Ökonomen von jeher verharmlost und jüngst gar totgesagt, ist zurück und das mit Wucht! Bei 7,6 Prozent lag die Teuerungsrate in Deutschland im Juni 2022. Zum Vergleich: Im Juni 2021 waren es noch 2,3 Prozent. Da kann selbst die EZB nicht mehr tatenlos zuschauen! Nachdem Madame Lagarde die Kritik an der EZB-Geldschwemme in gewohnt selbstherrlicher Manier abprallen ließ, die Preissteigerungen der letzten Monate als vorübergehend verharmloste und wahlweise Corona, gestörte Lieferketten oder den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zur Begründung heranzog, hatte selbst sie ein Einsehen: Im Juni verkündete sie für Ende Juli die Erhöhung der Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte und das Auslaufen der Anleihenkaufprogramme. Der Hauptfinanzierungssatz, der wichtigste Leitzins der EZB, würde dann erstmals seit Februar 2016 über der Nullmarke liegen. Die Zinswende, sie kommt auch in Europa, aber reichlich spät, vermutlich zu spät und auch zu zaghaft. Dass viertelprozentige Tippelschritte große Schlagkraft gegen die Teuerungsspirale entwickeln, das erwartet niemand!

Die EZB hat sich durch ihr Handeln der letzten Jahre in eine nahezu ausweglose

Lage manövriert. Steigende Preise bei zeitgleich schwächelnder Konjunktur — das ist der Alptraum eines jeden Volkswirts. Das Dilemma aus Sicht der EZB: Stemmt sie sich gegen die Inflation, dann nimmt sie eine Rezession in Kauf. Stützt sie hingegen wie bisher die Konjunktur, dann ist der Kampf gegen die Inflation von Beginn an verloren. Eigentlich sollte der EZB die Entscheidung nicht schwerfallen. Denn ihr Mandat besteht in der Sicherung der Preisstabilität. Alles andere ist nachrangig! Artikel 282 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist da sehr deutlich! Stattdessen hat sich die EZB in den letzten Jahren in immer neuen Anleihenkaufprogrammen verzettelt, die bei genauem Hinsehen nur eines sind: Verbotene monetäre Staatsfinanzierung. Daran ändert auch das gegenteilige Plazet des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) nicht das Geringste. Ohnehin steht das höchste EU-Gericht in Luxemburg seit Langem in der Kritik, da es in seiner Entscheidungspraxis das europäische Unionsrecht unzulässig auf nationale Rechtsfelder ausdehnt und seine Kompetenzen überschreitet. In manchen juristischen Kreisen wird gar davon gesprochen, dass der EuGH politisch als „Agent der Zentralisierung“ urteile.

Die Situation sollte also klar sein und die EZB ihrem Mandat entsprechend den Kampf gegen die Inflation rasch und entschlossen aufnehmen. Um es ganz deutlich zu sagen, die Inflation zu bekämpfen, ist nicht einfach und erfordert Opfer. Geliehenes Geld wird teurer, für alle, für Staaten, Wirtschaft, private Investoren und Häuslebauer. Staaten müssen ihre Schulden reduzieren oder zumindest jede

weitere Verschuldung vorsichtig abwägen. Sie müssen mehr Steuergeld für höhere Zinszahlungen aufwenden, Mittel, die dann wohlgemerkt nicht mehr für Wahlgeschenke und soziale Wohltaten zur Verfügung stehen. Um der Inflation den Garaus zu machen, genügen homöopathische Erhöhungen in Viertelprozentschritten längst nicht. Vielmehr müssen sich die Zinsen der Teuerungsrate annähern oder sie gar übertreffen. Bei gegenwärtig 7 bis 8 Prozent Inflationsrate sprechen wir hier von einem regelrechten Zinsbeben. Es drängt sich daher geradezu der Vergleich mit den frühen Achtzigerjahren auf, als die US amerikanische Notenbank FED den Leitzins ruckartig auf 20 Prozent hochriss, um die Wirtschaft vom Menetekel der Inflation zu erlösen. Die bittere Medizin wirkte, aber die Nebenwirkung war eine schwere Rezession. Sie korrigierte Fehlinvestitionen und Verzerrungen, wie ein schweres, aber reinigendes Gewitter.

Die Notenbanken haben ein gutes Jahrzehnt lang jene Preisblasen aufgepumpt, aus denen aktuell die Luft entweicht. Die Sorge, dass die monetär völlig überdehnte Realwirtschaft den Finanzmärkten folgt und wieder auf Normalmaß schrumpft, ist groß. Die Kapitalmärkte sind ob des angekündigten Endes der Geldschwemme tief verunsichert, die Notierungen aller Assets — Aktien, Anleihen, Krypto und selbst Gold — stehen im Minus. Auch der als risikoarm geltende Markt für europäische Staatsanleihen geriet jüngst in Aufruhr. Denn parallel zur Erhöhung der Leitzinsen will die EZB die Anleihenkaufprogramme zurückfahren. Gerade diese Kauf- und Garantieprogramme waren aber das Sicherheitsnetz,

das noch jede italienische Schrottanleihe zur attraktiven Anlageform werden ließ. Ohne dieses Sicherheitsnetz ist das Vertrauen der Anleger in die hoch verschuldeten Dauerkrisenstaaten flugs passé. Die Zinsen, die Gläubiger für italienische Schuldtitel mit zehnjähriger Laufzeit verlangen, schnellten sofort in die Höhe, auf etwa 4 Prozent. Zum Vergleich: Bundesanleihen mit identischer Laufzeit notieren bei 1,7 Prozent. Damit erreicht der Renditeabstand, der sog. Spread zwischen den Staatsanleihen Deutschlands und denen höher verschuldeter südlicher Euro-Länder, insbesondere Italien, den höchsten Wert seit zwei Jahren. Es wird also teurer für die Club-Med-Staaten sich zu verschulden; gleichzeitig verlieren so die bisherigen, niedriger verzinsten Staatspapiere im Vergleich zu etwaigen neuen Anleihen massiv an Wert. Diese sinkenden Kurse bringen die dortigen Banken in arge Nöte, haben sie sich doch wie toxische Schwämme mit Staatspapieren vollgesogen. Deren sinkender Wert muss nun als Bilanzverlust ausgewiesen werden, was wiederum die Aktienkurse der Geldinstitute drückt. Wie lange halbmarode „Bad-Banks“, wie Monte dei Paschi di Siena und Konsorten diesem Druck standhalten, weiß vermutlich alleine der liebe Gott. Ich sage nur Bankenkrise, here we go again!

Entsprechend besorgt reagierte man im EZB-Elfenbeinturm im Frankfurter Ostend. EZB-Direktorin Isabel Schnabel ließ jüngst in einer Rede wissen, die EZB werde alles tun, um ein weiteres Auseinanderdriften der Renditen zwischen den Ländern der Währungsunion zu verhindern. Die Verpflichtung der EZB gegenüber dem Euro kenne „keine

Grenzen“, so Schnabel. Vermutlich hallt nicht nur mir hier das verhängnisvolle Draghische „Whatever it takes“ nach. Und natürlich sucht die EZB bereits nach einem neuen Instrument, um die Spreads zwischen den Euroländern zu begrenzen. Unter dem Stichwort „Antifragmentierungsprogramm“ soll daher ein neues Sicherheitsnetz für Anleger gespannt werden und sie so ermuntern, sich weiter Anleihen von überschuldeten Eurostaaten ins Depot zu legen. Nach einem Ende der expansiven Geldpolitik klingt das eher nicht. Dass die EZB sich offenkundig gezwungen sieht, noch vor der ersten Zinserhöhung über ein neues Notfallprogramm nachzudenken, ist eine geldpolitische Bankrotterklärung. Ohnehin würden gezielte Anleihenkäufe, von denen vor allem die Südländer der Eurozone profitieren, noch eklatanter gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verstoßen, als es die bisherigen Kaufprogramme schon taten. Der Wettbewerb der Länder am Kapitalmarkt wäre de facto ausgeschaltet. Anders als von der EZB behauptet, sind deutlich voneinander abweichende Renditen für Staatsanleihen nicht das Ergebnis ungeRechtfertigter Spekulationen, sondern das Ergebnis einer gesunden marktwirtschaftlichen Bepreisung von Ausfallrisiken!

Ich verstehe jeden Anleger, der angesichts der südeuropäischen Verweigerungshaltung beim Thema Haushaltskonsolidierung höhere Zinsen verlangt! Eben jene Verweigerungshaltung hat die EZB durch ihre ausufernden Kaufprogramme erst ermöglicht. Wie die Junkies hängen die hoch verschuldeten südlichen Euro-Staaten nach wie vor am

Liquiditätstropf der Zentralbank. Je stärker die EZB die Zinsen für die Südländer drückt, desto schwächer fällt deren Anreiz aus, Strukturreformen durchzuführen und die Staatshaushalte zu sanieren. Die Marktmechanismen lassen sich aber langfristig nicht unterdrücken, höhere Zinsen sind für Italien, Griechenland und Co. daher unvermeidlich. Es mögen keine angenehmen Aussichten sein, aber wollen wir uns aus der Schuldensucht befreien, dann wird ein eiskalter geldpolitischer Entzug nötig sein. Auch wenn die Verwerfung auf kurze Sicht enorm sein mag, ist ein weiterer Kaufautomatismus der EZB für Papiere aus Hochschuldenländern bei einem gleichzeitigen niedrigen Leitzins die schlechteste aller Optionen. Der unvermeidliche Knall würde nur herausgezögert, die zum Platzen verdamnte Blase größer und größer. Der Euro verkäme noch weiter zur Weichwährung, Auslandsreisen und Importe würden immer unerschwinglicher, eine lang anhaltende Phase der Stagflation unvermeidlich. Die Ära des billigen Geldes muss enden!

NACHHALTIGE IMPULSE FÜR EINZELHANDEL UND INNENSTÄDTE

Von Monat zu Monat werden die Wirtschaftszahlen und folglich auch die Stimmung in Wirtschaft und Gesellschaft schlechter. Wir erleben eine Preissteigerung, die es in Deutschland seit 40 Jahren nicht gegeben hat. Das belastet auch Einzelhandel und Innenstädte. Wir müssen umdenken und jetzt die erforderlichen Impulse für einen attraktiven und

zukunftsfesten Einzelhandel setzen. Die Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion reichen von steuerlicher Entlastung, über die Finanzierung innovativer Konzepte für neue Kultur- und Freizeitangebote, von einer möglichen Erweiterung der Öffnungszeiten bis zu massivem Bürokratieabbau für die Händler. Auch die Erreichbarkeit der Innenstädte ist für uns ein zentrales Thema. Mit ständigem Autobashing und mit ein bisschen mehr linker Wohlfühlrhetorik, wie es die Grünen ständig vorschlagen, sind die Probleme nicht gelöst. Vielmehr werden sogenannte Aktivisten zu immer neuen rechtswidrigen Blockaden auf den Straßen und anderen Störaktionen, die Teile unseres Landes und die Wirtschaft lahmlegen, ermutigt.

Straßenblockaden sind kein angemessenes Mittel der Auseinandersetzung in der Demokratie. Diese Blockaden müssen unterbunden und die Blockierer zur Rechenschaft gezogen werden. Es handelt sich hierbei nicht um Aktivisten, sondern um Extremisten! Während unser Demonstrationsrecht breite Möglichkeiten bietet, seiner Meinung in koordinierter und vor allem für sich und andere gefahrlose Weise Ausdruck zu verleihen, bringt die sogenannte „Letzte Generation“ immer wieder Menschen in Gefahr. Dabei möchten sie anderen Menschen nicht nur ihre Meinung, sondern auch noch ihren Willen aufzwingen und nehmen billigend in Kauf, dass Krankenwagen nicht auf schnellstem Weg in die Krankenhäuser kommen können, Trauernde im Zweifelsfall eine Beerdigung verpassen oder Bewerber ein Vorstellungsgespräch. Indem sie die irrwitzige Idee umsetzen, sich auf Autobahnen festzukleben, fühlen sie

sich moralisch überlegen und handeln nach dem gleichen Prinzip, nach dem auch autoritäre Regime und Terrorgruppen handeln: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Rädelsführer der Banden denken die nächsten gewalttätigen Eskalationsstufen schon voraus: „Ende Gelände“ Mitgründer Tazio Müller sagte dem „Spiegel“ im November 2021: „Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF“, Grünen Mitglied Luisa Neubauer spricht auf Instagram davon, eine Pipeline in die Luft jagen zu wollen. Ich empfinde diese militante Geltungssucht und moralische Selbsterhöhung in erster Linie als eines – nämlich ätzend! Die Grünen sollten sich, insbesondere in Regierungsverantwortung, daher dringend von ihren Vorfeldgruppen distanzieren!

In meiner Rede zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Nachhaltige Impulse für Einzelhandel und Innenstädte“ habe ich die grünen daher aufgefordert, sich endlich von diesen militanten Außentruppen zu distanzieren und diese Truppen aufzufordern, wieder auf den rechtsstaatlichen Boden zurückzukehren! Wer sich meinen Redebeitrag angucken möchte, findet ihn hier: <https://dbtg.tv/cvid/7535812>

STREICHUNG § 219A

Die links-gelbe Koalition hat im Bundestag gegen die Stimmen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Abschaffung des § 219a Strafgesetzbuch (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche) beschlossen. Die Abtreibungslobbyisten hatten den Champagner schon kaltgestellt. Als

die Bundestagspräsidentin das erwartete Abstimmungsergebnis verlas, brandete Jubel in den Reihen der links-gelben Koalition auf. Was im links-gelben Wording als "Fortschritt" und Recht auf "reproduktive Selbstbestimmung" gefeiert wird, ist ein gefährlicher Dammbreach! Auf Grundlage eines verquerten Verständnisses von Freiheit wird hier eine weitreichende gesellschaftliche Umwälzung eingeleitet!

Die Vorschrift des § 219a StGB war eine wichtige Schutznorm für das ungeborene Leben. Das Bundesverfassungsgericht hat klar entschieden, dass das Grundgesetz den Staat verpflichtet, menschliches Leben, auch das ungeborene, zu schützen. Denn Menschenwürde kommt schon dem ungeborenen menschlichen Leben zu. Rechtlicher Schutz gebührt dem Ungeborenen auch gegenüber seiner Mutter. Dazu bedarf es eines Schutzkonzepts, das Elemente des präventiven wie des repressiven Schutzes miteinander verbindet. Der Staat muss vor Beeinflussungen schützen, die der Entscheidung für das Kind entgegenwirken. Er muss darüber hinaus den rechtlichen Schutzanspruch des ungeborenen Lebens im allgemeinen Bewusstsein erhalten und beleben. Nach der Aufhebung des § 219a StGB muss mit offener Werbung für Abtreibungen gerechnet werden. Anders als gerne von der Abtreibungslobby behauptet, besteht auch kein Informationsdefizit, das dringend beseitigt werden müsste. Sachliche Informationen durch Beratungsstellen

und anderen Stellen, die keine Schwangerschaftsabbrüche durchführen, wurden von dem Straftatbestand nicht erfasst. Auch kann jede Ärztin bzw. jeder Arzt in einem persönlichen Gespräch den Betroffenen alle Informationen geben.

Nun steht zu befürchten, dass die Streichung des § 219a StGB nur ein erster Schritt war. Weite Teile der Ampelfraktionen propagierten im Plenum mehr oder minder deutlich ein angebliches Recht auf Abtreibungen. Eine entsprechende Formulierung findet sich sogar im verabschiedeten Gesetzestext. In dieser perversen Logik muss auch der § 218 StGB, also das Abtreibungsverbot an sich, schnellstens gekippt werden. Um es ganz deutlich zu sagen: Abtreibungen sind zu Recht verboten in Deutschland, sie bleiben in eng definierten Sonderfällen straffrei. Das ist der hart errungene gesellschaftliche Konsens, der keinesfalls leichtfertig aufgegeben werden darf! Bei allem Gerede über "reproduktive Selbstbestimmung" darf niemals vergessen werden, dass eine Abtreibung kein trivialer Eingriff ist, sondern immer die Tötung eines ungeborenen Kindes. Diese wehrlosen Kinder brauchen mehr und nicht weniger Schutz!

AUSBLICK

In einigen Bundesländern haben die Sommerferien bereits begonnen. Und auch im politischen Berlin ist erstmal etwas Ruhe eingekehrt. Das nächste Mal wird der Bundestag planmäßig in der ers-

ten Septemberwoche zusammenkommen. Die parlamentarische Sommerpause werde ich dazu nutzen, um mich auch einmal ein paar Tage am Stück gemeinsam mit meiner Familie zu entspannen. Für alle, die in diesem Sommer in Berlin sein sollten, habe ich noch einen besonderen Tipp:

Auch in diesem Sommer wird das Spreeufer im Berliner Parlamentsviertel in den Sommermonaten allabendlich zur Bühne für eine eindrucksvolle Film- und Klanginstallation über die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Täglich verwandelt sich das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus ab Sonntag, 03. Juli 2022, bis Montag, 03. Oktober, in eine Lichtspielbühne.

Die halbstündige Installation trägt den Titel „Dem deutschen Volke – Eine parlamentarische Spurensuche. Vom Reichstag zum Bundestag“. Vom Friedrich-Ebert-Platz und vom Reichstagufer aus kann jeder Zuschauer über die Spree hinweg wichtige Wegmarken und emotionale Ereignisse deutscher Parlamentsgeschichte erleben. Der Film zeichnet nach, wie das Reichstagsgebäude im Laufe dieser Zeit als Parlamentssitz erbaut, zerstört, instandgesetzt, verhüllt und umgebaut wurde, um schließlich Ende der neunziger Jahre als gesamtdeutscher Parlamentssitz wieder aufzuleben.

Eine sehr empfehlenswerte Filmvorführung, die mit modernster Technik die

wichtigsten Momente deutscher Parlamentsgeschichte an historischer Stelle lebendig werden lässt. Die Projektion macht zudem deutlich, dass das Parlament das Herzstück der Demokratie darstellt. Es muss selbstbewusst die Regierung wählen und kontrollieren.

An jedem Abend wird der Film zwei Mal hintereinander gezeigt. Der Zuschauerbereich befindet sich auf den Freitreppen am südlichen Spreeufer beim Friedrich-Ebert-Platz. Der Besuch ist kostenlos. Weitere Informationen können Sie der Internetseite des Deutschen Bundestages www.bundestag.de/grossbildprojektion entnehmen.

Genießen Sie den Sommer und bleiben Sie gesund!

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>